

Gemeinsame Erklärung

Die niedersächsischen Hochschulen sollen in den kommenden Jahren den Gürtel deutlich enger schnallen. Grund dafür sind die aktuell im Landeshaushalt vorgesehenen pauschalen Sparauflagen, auch bekannt als globale Minderausgaben. Der Universität Göttingen stehen in diesem Jahr dadurch 3,3 Millionen Euro weniger zur Verfügung, bei der Universitätsmedizin Göttingen beläuft sich das Minus auf 2 Millionen Euro. Bei allen niedersächsischen Hochschulen zusammen beläuft sich das Minus im Jahr 2021 auf über 25 Millionen Euro. Für das Jahr 2022 sind weitere Einsparungen vorgesehen.

Wir, ein breites Bündnis aus Student*innen und Mitarbeiter*innen der Universität Göttingen sowie weiteren Unterstützer*innen, sprechen uns entschieden gegen diese Sparauflagen aus!

Erst im Dezember 2020 wurden die aktuellen Sparauflagen vom Landtag verabschiedet, sie müssen aber schon in diesem Jahr umgesetzt werden. Diese Kurzfristigkeit stellt die Universitäten vor große Probleme. Der scheidende Universitätspräsident Jahn warnte in einem [Artikel](#), der Anfang Januar 2021 in der HNA erschien, davor, dass nun die „Abrissbirne statt strategischer Planung“ an der Universität Göttingen regieren könnte.

Die Sparauflagen treffen unsere Universität zudem nicht nur in einer finanziell sowieso bereits angespannten Situation, sie lassen zugleich ein grundsätzliches Problem in der Finanzierung deutlich zutage treten: Innovative Ansätze und Verbesserungen (gerade auch in so wichtigen Bereichen wie Lehre oder Digitalisierung) können häufig nur aus zeitlich begrenzten Töpfen bezahlt werden, Forschung wird zu einem nicht unwesentlichen Teil aus ebenfalls nur zeitlich befristet vergebenen Drittmitteln finanziert. Grundständige Aufgaben in Lehre, Studienberatung oder Verwaltung werden häufig von Mitarbeiter*innen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen übernommen. Angesichts der globalen Minderausgaben steht zu befürchten, dass sich an dieser hochproblematischen Situation vorerst kaum etwas ändern wird, denn hierzu bräuchte es eine bessere grundständige Finanzierung der Universität durch das Land, nicht zusätzliche Kürzungen.

Die vom Land geforderten Millioneneinsparungen werden vom Göttinger Universitätspräsidium auf die Fakultäten umgelegt. Jede Fakultät muss nun selbst im Eiltempo Vorschläge erarbeiten, wo und wie sie Einsparungen in sechsstelliger Höhe vornehmen wird. Es gilt zu verhindern, dass jetzt Entscheidungen getroffen werden, die zur Schließung von Studiengängen führen, die Studienqualität mindern, die Anzahl der Studienplätze verringern oder die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen (insgesamt, besonders aber im wissenschaftlichen Mittelbau und im MTV-Bereich) weiter verschlechtern. Derartige Einschnitte sind durchaus zu befürchten, in einigen Fakultäten, wie in der Sozialwissenschaft, wurden sie bereits beschlossen. So führt die Nichtbesetzung von Stellen für eine definierte Zeit zu verminderten Ressourcen und zu einer teilweise extremen Arbeitsverdichtung bei dem "Rest".

Treten wir einen Schritt zurück, um die Absurdität und Gefährlichkeit der Situation einschätzen zu können. Wir stehen in den kommenden Jahren vor riesigen Herausforderungen, die von der Bewältigung der Corona-Krise und deren Folgen über die der Klimakrise und der Energiewende bis zum Umsichgreifen von Fake-News und der zunehmenden Polarisierung in den westlichen Gesellschaften reichen.

Eine zentrale Institution in unserer Gesellschaft, um diese Herausforderungen anzugehen, ist die Universität. Hier findet Forschung Antworten auf fundamentale Fragen. Hier werden neue Materialien und Wirkstoffe entwickelt, hier werden Daten analysiert und Studien durchgeführt, die der Politik als Entscheidungsgrundlage dienen. Hier werden ethische, juristische und philosophische Probleme erörtert, die unser Zusammenleben bestimmen. Und nicht zuletzt werden hier junge

Menschen ausgebildet, die in Zukunft Schlüssel- und Führungspositionen in Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen werden. Und ausgerechnet hier soll nun gespart werden?

Was könnte „sparen“ konkret bedeuten? Nehmen wir als Beispiel die Physik, deren Beiträge zur Erforschung der Corona-Pandemie mit der Göttinger Physikerin Viola Priesemann ein prominentes Gesicht bekommen haben. Die Einsparungen an der Fakultät für Physik sollen ca. 300.000 €/Jahr betragen, dazu kommen zusätzliche ca. 700.000 €, verteilt auf die Jahre 2021 und 2022. Aufgrund der kurzfristigen Ansetzung der Sparaufgaben durch das Land ist noch nicht bekannt, wo genau die etwa 650.000 €/Jahr eingespart werden sollen. Der Betrag entspricht z.B. in etwa 13 Vollzeitstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen. Da viele von diesen jedoch nur halbe oder 2/3 Stellen haben, wären von möglichen Stelleneinsparungen weitaus mehr Menschen betroffen. Da wissenschaftliche Mitarbeiter*innen fast immer befristet angestellt sind, liegt es nahe, dass hier als erstes gespart wird, z.B. indem auslaufende Verträge nicht verlängert und Stellen nicht neubesetzt werden. Dadurch würde zunächst wissenschaftliche Expertise und Arbeitskraft in den Forschungsgruppen fehlen - man bedenke, dass Erstautor*innen von Publikationen häufig nicht die Professor*innen selbst, sondern wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sind.

Außerdem wäre der Bereich Lehre stark betroffen, denn diese wird auch von Wissenschaftler*innen aus dem sogenannten Mittelbau geleistet. Oft ermöglichen sie Spezialveranstaltungen, die ganz nah am aktuellen Forschungsstand sind. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen sind meist auch die vorrangigen Ansprechpartner*innen bei der Betreuung von Abschlussarbeiten und sogar Promotionen. Verschlechtert sich das Betreuungsverhältnis weiter, würde es für Studierende und Promovierende immer schwieriger, jemanden für die Betreuung dieser Arbeiten zu finden. Doch auch schon vor der Abschlussphase könnten sich Probleme ergeben: Von den etwa 4-5 physikalischen Vorlesungen, die Studierende im Semester hören möchten, könnte in einer die Tutorin fehlen oder die Veranstaltung fällt ganz aus. Die hier exemplarisch für die Fakultät für Physik angestellten Überlegungen ließen sich so oder ganz ähnlich auch für die übrigen Fakultäten unserer Universität durchspielen.

Klar ist außerdem: je kleiner die Anzahl der verfügbaren Stellen ist, desto größer wird die Arbeitsbelastung des oder der Einzelnen, da äußere Faktoren, wie die Anzahl der Studierenden oder der Publikationsdruck, gleichbleiben. Gleichzeitig wird der Konkurrenzkampf um die verbliebenen Stellen größer. Es ist naheliegend, dass Stress und steigende Arbeitsbelastung gerade die verdrängen, die oft bereits benachteiligt sind, etwa Menschen mit Kindern, besonders Alleinerziehende, Menschen mit chronischen Krankheiten oder Behinderungen oder auch Menschen mit wenig finanzieller Absicherung, für die ein ausbleibender Anschlussvertrag ungleich schwerwiegender ist. Diese Benachteiligung ist mit den Zielen einer offenen und diversen Universität nicht vereinbar.

Die genannten möglichen Einsparungen am wissenschaftlichen Personal lassen sich nicht immer kurzfristig durchführen. Andere, kaum weniger gravierende Einschnitte könnten die Haushaltsmittel der Institute und Arbeitsgruppen treffen, was etwa die Möglichkeit zur Teilnahme an wichtigen Konferenzen oder die Labor- und Rechenausstattung verschlechtern könnte. Längerfristig könnten auch Professorenstellen den Einsparungen zum Opfer fallen. An einigen Fakultäten, z.B. der Philosophischen oder der Sozialwissenschaftlichen, ist dies bereits konkret geplant oder wird diskutiert. Das prominenteste aktuelle Beispiel hierfür dürfte das Seminar für Skandinavistik sein, das zwar nach erfolgreichen Protesten inzwischen in seinem Bestand gesichert zu sein scheint, allerdings auf Kosten der Juniorprofessur. Deren Streichung bedeutet deutliche Einbußen in der mediävistischen Abteilung.

Auch die Antidiskriminierungsberatung für Studierende steht kurz vor dem Aus, obwohl es sich hierbei um eine zentrale und unverzichtbare Aufgabe handelt. Anstatt dass mehr Geld – und

Personal – für diese wichtige Arbeit bereitgestellt wird, soll die eine Stelle, die dafür bisher zur Verfügung steht, nun auch noch eingespart werden.

Bereits heute steht die Universität Göttingen bzw. stehen alle niedersächsischen Hochschulen bei der Besetzung von Stellen in Konkurrenz zu Universitäten mit Standortvorteilen im In- und Ausland sowie zur Privatwirtschaft, die mit besseren Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten aufwarten können. Eine weitere Verschlechterung der Umstände lässt einen schmerzhaften Verlust von Expertise befürchten.

Wir warnen: Eine Universität ist viel schneller kaputtgespart als es dauert, internationales Renommee in der Spitzenforschung aufzubauen und gute Lehre zu organisieren.

Wenn Ministerpräsident Weil in dieser Situation sagt, „Wenn ich mir den Umfang der jeweiligen Haushalte anschau und dagegen Umfang der Minderausgaben anschau, kann ich mir schwer vorstellen, dass große Institutionen nicht in der Lage sein sollten, das vernünftig hinzukriegen“ (Quelle: [HNA](#)), dann beweist dies, dass er keine Vorstellung von der bereits angespannten finanziellen Situation an den niedersächsischen Hochschulen hat. In dieser ist es eben nicht möglich, mehrere Millionen Euro einzusparen, ohne Einschränkungen in den Bedingungen von Studium, Lehre und Forschung hinzunehmen.

Vielleicht noch problematischer ist allerdings, dass die Landesregierung auf diese Weise auch die Verantwortung für die Ausgestaltung der Hochschulbildung abschiebt. Durch die globale Minderausgabe wird unter einem abstrakten Sparzwang eine Mittelkürzung vorgenommen, ohne ein Konzept dafür vorzulegen. Stattdessen wird nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“ verfahren. Die Hochschulen sollen diese Entscheidungen für sich treffen und die Hochschulleitungen geben diese Entscheidungen an die Fakultäten weiter. Am Ende sind alle in einem Akt vermeintlicher Selbstverwaltung darin eingebunden, zu entscheiden, auf welche Weise es ihnen zukünftig schlechter gehen soll. Widerspruch dazu, dass es den Hochschulen am besten gar nicht schlechter gehen soll, wird so im Keim erstickt, denn letztlich waren ja alle daran beteiligt und tragen die Verantwortung dafür, wie die Bedingungen in Zukunft sein werden.

Dieser Verschiebung von Verantwortlichkeit treten wir entschieden entgegen: Wenn die Landesregierung der Auffassung ist, dass die Arbeit der Hochschulen mit weniger finanziellen Mitteln genauso möglich sei wie bisher, muss sie auch konkrete Vorschläge zur Umsetzung vorlegen. In einem solchen Konzept müsste entweder ein Weg vorgezeichnet werden, wie das Geld ohne Einschränkungen des Hochschulbetriebs eingespart werden kann oder aber die Landesregierung müsste politisch dafür Verantwortung übernehmen, dass ihr Hochschulbildung einfach nicht wichtig genug ist.

Andere Bundesländer wie Hessen, Baden-Württemberg oder Bayern zeigen, dass es anders geht. Dort wurden oder werden den Bereichen Forschung, Hochschule, akademische Bildung weitere Mittel zugewiesen - trotz der Corona-Krise und der damit verbundenen Kosten. Die in Niedersachsen von der Landesregierung vorgeschobene schwierige „Haushaltsslage“ ist eine ideologische Konstruktion: Es ist Aufgabe der Landespolitik Prioritäten zu setzen und für eine entsprechende Finanzierung zu sorgen. Wenn dies nicht geschieht, ist das kein Ergebnis der „Haushaltsslage“, sondern von politischem Unwillen.

Die bisherigen Ausführungen dürften deutlich gemacht haben, dass die globalen Minderausgaben einen großen Einfluss auf die Qualität von Wissenschaft und Forschung, auf die Arbeitsbedingungen von Lehrenden und auf die Studienqualität für die Studierenden haben werden. Die globalen Minderausgaben haben verheerende Auswirkungen und sind als logische Konsequenz der neoliberalen und Marktzwängen unterliegenden Logik der herrschenden Politik einzuordnen. Diese

Politik ist jedoch nicht alternativlos, ein Kurswechsel und ein Brechen mit der bisherigen Logik ist möglich und dringend geboten.

Kurzfristig fordern wir:

- Rücknahme der bisher angekündigten Sparmaßnahmen
- Hochschulen (auch in Zukunft) aus den globalen Minderausgaben ausklammern
- Dauermittel und Dauerstellen für Daueraufgaben
- Verwendung der Mittel aus dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ für Dauerstellen

Langfristig muss es das Ziel sein, die Hochschulfinanzierung auf stabile Beine zu stellen, um gute und sichere Studien-, Arbeits- und Forschungsbedingungen an den niedersächsischen Hochschulen zu gewährleisten. Daueraufgaben dürfen außerdem nicht durch Drittmittel finanziert werden müssen, sondern müssen grundständig finanziert werden. Der Praxis einer zunehmenden Finanzierung grundständiger Aufgaben durch Drittmittel muss ein politischer Riegel vorgeschoben werden.

Eine langfristige, stabile und vernünftige Finanzierung der Uni muss heißen: Abkehr von der neoliberalen Logik der Marktförmigkeit. Bildung ist keine Ware!

Nicht erst durch Corona sollte klar geworden sein, dass Bildung der absolut falsche Bereich zum Sparen ist. Die Gesellschaft braucht die Universitäten und die Universitäten brauchen eine gute Finanzierung!

Unterzeichner*innen

Alternative Linke Liste (ALL)

AStA der Universität Göttingen

Aqut* - Aktion queer und trans*

Basisgruppenbündnis

Basisgruppe Skandinavistik

DGB-Jugend Göttingen

Fachgruppe Geschlechterforschung

Fachgruppe Klassische Philologie

Fachgruppe Skandinavistik

Fachschaftsrat der Philosophischen Fakultät

GEW Hochschulgruppe Göttingen

GEW Kreisverband Göttingen

Grüne Jugend

Grüne Hochschulgruppe Göttingen (GHG)

Juso-HSG Göttingen

Jusos Göttingen

Nerdcampus-HSG

TVStud Göttingen

Uni Göttingen Unbefristet



